

Entschließungsantrag des Arbeitskreises "Flucht und Bleiben" an das Plenum des BHFJ am 6. Oktober 2017

RESOLUTION

Deutschlands Würde, Deutschlands Werte

Nach einer allzu kurzen Phase der Willkommenskultur im Herbst 2015 hat sich die deutsche wie die europäische Flüchtlingspolitik insgesamt seit 2016 zunehmend zu einer Politik der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung verfestigt. Sichtbarer Ausdruck dafür sind die wiederholte Verschärfung des Flüchtlingsrechts durch die Große Koalition in dieser Zeit und die aktive Rolle Deutschlands bei der Entwicklung von Strategien zur Verlagerung der europäischen Außengrenzen weit nach Afrika hinein.

Waren für die Regierungen der EU Moral, Humanismus und Menschenrechte in ihrer Flüchtlingspolitik bisher schon kaum mehr als argumentatives Beiwerk, so hat das Ergebnis der Bundestagswahl die Befürchtung heraufbeschworen, in Deutschland könnten Menschenrechte künftig opportunistischen Interessenkalkülen gänzlich zum Opfer fallen.

Für uns als Bündnis von mehr als 100 Flüchtlingsinitiativen bleibt es eine selbstverständliche Verpflichtung unseres Landes und unserer Stadt, Menschen, die sich wegen einer existentiellen Notlage gezwungen sehen, das eigene Zuhause aufzugeben, aufzunehmen und so zu unterstützen, dass sie hier in Würde und Gleichberechtigung leben können.

Auch sind wir Bürgerinnen und Bürger eines Landes, das sich selbst der gleichen Würde aller Menschen verschrieben und in Artikel 1 seiner Verfassung verankert hat. Dieses Versprechen der Menschenwürde ist nur etwas wert, wenn sie nicht ausgerechnet denjenigen vorenthalten wird, die am dringlichsten darauf angewiesen sind.

Deshalb fordern wir die künftige Bundesregierung auf:

- statt eine Politik der Blockierung von Fluchtwegen nach Europa zu befördern, sich für die Einrichtung legaler Fluchtwege einzusetzen;
- keine Kooperationen mit Autokraten und Diktatoren zur Abwehr von Flüchtlingen einzugehen;
- keine Projekte zu finanzieren, mit denen angeblich Fluchtursachen bekämpft werden, tatsächlich aber lediglich Flucht erschwert und die Unmenschlichkeit der Fluchtbedingungen verstärkt wird;
- die von Margot Käßmann, Gesine Schwan, Klaus Töpfer u. a. vorgeschlagene Kommission einzurichten, die untersuchen soll, wie Deutschland weltweit zu Fluchtursachen beiträgt und Maßnahmen und gesetzliche Initiativen zur Entgegenwirkung vorschlagen soll.

Neuankömmlinge und schon länger Anwesende zusammengenommen und die Zahl unerledigter Asylanträge eingerechnet, leben in Deutschland mehr als eine Million

Flüchtlinge. Wir erkennen an, dass in dieser Zahl eine bedeutsame Hilfsbereitschaft Deutschlands zum Ausdruck kommt. Zur Beantwortung der Frage, ob unser Land damit seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht geworden ist und sein Soll erfüllt hat, muss ein Blick auf die weltweiten Fluchtbewegungen geworfen werden.

Laut den Vereinten Nationen waren Ende 2016 65,6 Mio. Menschen auf der Flucht. Tatsächlich nach Europa kommen nur dreieinhalb Prozent von ihnen. Gut 40 Mio. der weltweit Geflohenen sind Binnenflüchtlinge, also Vertriebene im eigenen Land. Hauptaufnahmeländer für Menschen mit offiziellem Flüchtlingsstatus sind die Türkei mit 2,9 Mio., Pakistan mit 1,4 Mio., der Libanon mit 1 Mio., Uganda mit knapp 1 Mio.

Nimmt man diese Zahlen und Länder zum Maßstab, ist die Feststellung fast zwingend, dass Deutschlands Leistungskraft mit seinen bisherigen Anstrengungen nicht erschöpft sein kann.

Folglich sind die zahlreichen restriktiven Maßnahmen der Großen Koalition und der mit Deutschlands aktiver Unterstützung forcierte Ausbau der "Festung Europa" menschenrechtlich problematisch. Wir fordern die künftige Bundesregierung zu einer Flüchtlingspolitik auf, die dem Selbstverständnis Deutschlands als einer der Menschenrechten verpflichteten Wertegemeinschaft entspricht.

Dieses Selbstverständnis Deutschlands erfordert es auch, schwerwiegende Beeinträchtigungen sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte als Fluchtgründe anzuerkennen.